

Katharina Obuch, Jasmin Sandhaus, Gabriele Wilde, Annette Zimmer

„Alles verändert sich, damit es bleibt, wie es ist!“

Erste Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt „Geschlechterverhältnisse in autoritären und hybriden Regimen“ am Fallbeispiel Nicaragua

1. Einleitung

Trotz weltweiter Demokratisierungsprozesse gehören autokratische und hybride Regierungssysteme nach wie vor zur politischen Realität. So werden aktuell ein Viertel aller Staaten und ein Drittel der Weltbevölkerung in Form von Monarchien, Präsidialautokratien, Familienautokratien, Militärjunkten sowie semidemokratischen Systemen entweder autoritär oder begrenzt bzw. defizitär demokratisch regiert. Die Rolle von Geschlechterverhältnissen und die Bedeutung dieser Entwicklungen für die politische, soziale und ökonomische Stellung von Frauen ist bisher von den Sozialwissenschaften nicht systematisch in den Blick genommen worden. Weder aus einer genuin politikwissenschaftlichen noch aus einer feministisch-politikwissenschaftlichen Perspektive ist bislang die Frage nach dem konstitutiven Zusammenhang zwischen Autokratien sowie defekten Demokratien und der Festschreibung von Geschlechterverhältnissen als gesellschaftlichen Machtverhältnissen gestellt und systematisch erforscht worden. Dieses Forschungsdesiderat stellt ein wesentliches Hemmnis für den Entwurf erfolgreicher Menschenrechts- und Gleichstellungsprojekte in der europäischen Politik und der internationalen Zusammenarbeit dar.

Die Untersuchung der Interdependenz von autoritären und bedingt demokratischen politisch-gesellschaftlichen Strukturen und Geschlechterverhältnissen steht daher im Fokus des Forschungsprojekts zu „Geschlechterverhältnissen in autoritären und hybriden Regimen“, das seit dem 01.01.2013 für eine Laufzeit von zwei Jahren vom Ministerium für Wissenschaft, Innovation und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen im Rahmen des Landesprogramms für geschlechtergerechte Hochschulen gefördert wird. Angesiedelt am Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität geht es konkret um die Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Autokratien sowie hybriden politischen Systemen und der Festschreibung von Geschlechterverhältnissen als gesellschaftliche Machtverhältnisse. Im Zentrum steht daher die Frage nach dem Regimeeinfluss als institutionalisiertem gesellschaftspolitischem Kontext auf die

Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben in den Sektoren Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, die in dem Pilotprojekt insbesondere an der Rolle und Funktion von zivilgesellschaftlichen Frauenorganisationen in Nicaragua und Tunesien untersucht wird.

2. Forschungsstand zu Gender in autoritären Regimen

Vor dem Hintergrund der politischen Konsistenz von Autokratien setzt sich die politikwissenschaftliche Forschung gegenwärtig verstärkt mit den Strukturen und Institutionen autoritärer Systeme, deren Kerneigenschaften, Funktionslogiken sowie deren Systemerhaltungsmechanismen auseinander. Insbesondere die vergleichende Politikwissenschaft (Albrecht/Frankenberger 2010, 2011; Bank 2009) richtet den Fokus vor allem auf Herrschaftsmechanismen und Legitimationsstrategien, die primär in empirisch-vergleichender Perspektive für die Persistenz und den Wandel der jeweiligen Regime hinterfragt und analysiert werden. Geschlechterverhältnissen als gesellschaftliche Machtverhältnisse und deren systemerhaltender Funktion kommt in der neuen Autoritarismusforschung kaum Bedeutung zu. Doch auch aus feministisch-politikwissenschaftlicher Perspektive ist bis heute die Frage nach dem konstitutiven Zusammenhang zwischen Autokratien und der Festschreibung und Konstituierung von Geschlechterverhältnissen als gesellschaftlichen Machtverhältnissen nur vereinzelt gestellt und bis auf wenige Ausnahmen (vgl. Schneider/Wilde 2012) kaum systematisch erforscht worden. Zwar gibt es vergleichende Untersuchungen und Länderstudien zur Entwicklung staatsbürgerlicher Rechte von Frauen (Pickel 2013), zur politischen Repräsentation von Frauen (Bauer/Britton 2006; Bauer/Tremblay 2011; Derichs 2010), zur Familienpolitik. Dennoch fehlen bis heute feministisch-politikwissenschaftliche Ansätze, die sich mit den grundlegenden Fragen nach den Auswirkungen staatlicher Politiken für die Konstitution von Geschlechterverhältnissen sowie mit der Bedeutung insbesondere von zivilgesellschaftlichen Frauenorganisationen für die Legitimität und Stabilität autoritärer und hybrider

der Regime in theoretisch-analytischer wie auch empirischer Sicht auseinandersetzen.

3. Forschungsansatz und zentrale Fragestellungen

Das Projekt greift derzeit dieses Desiderat am Zentrum für europäische Geschlechterstudien (ZEUGS) in Münster auf und verbindet den Regimeansatz der Vergleichenden Regierungslehre und Transformationsforschung mit einer gesellschaftszentrierten Perspektive. Damit werden bisher von der politikwissenschaftlichen Forschung in autoritären und hybriden Systemen kaum in den Blick genommene Bereiche der Lebenswelt von Frauen Gegenstand der empirisch-analytischen Forschung. Es handelt sich hierbei um diejenigen gesellschaftlichen Bereiche, in denen sich die gesellschaftliche Organisation sozialer Macht- und Herrschaftsverhältnisse vollzieht. Für die Analyse des konstitutiven Zusammenhangs zwischen autokratischen sowie hybriden Systemen und gesellschaftlichen Geschlechterverhältnissen wurde ein dezidiert gesellschaftszentriertes Analyseraster (vgl. Wilde 2012, 2013) entwickelt, das mit (a) Zivilgesellschaft, (b) Öffentlichkeit, (c) familialer Privatheit und (d) Staatsbürgerschaft als diskursiver Praxis vier gesellschaftspolitisch relevante Bereiche benennt, in denen sich aus Sicht theoretischer Konzepte – dazu gehören etwa der republikanische Ansatz von Alexis de Tocqueville (1985), das aristotelische Verständnis von Hannah Arendt (1991, 1994), die feministische Theorie von Carole Pateman (1988) sowie die poststrukturalistische Theorie von Chantal Mouffe (2000) – politische Organisation vollzieht und wo die Festschreibung von Geschlechterverhältnissen als Machtstrukturen empirisch quantitativ wie qualitativ analysiert werden kann.

In einem ersten Schritt wurde im Forschungsprojekt ein besonderer Fokus dabei auf zivilgesellschaftliche Organisationen in Nicaragua und Tunesien gerichtet. Insbesondere Alexis de Tocqueville (1985, 217) sprach den zivilgesellschaftlichen Assoziationen, Korporationen und freiwilligen Vereinigungen für eine demokratische Gesellschaft eine zentrale Bedeutung zu. In diesem republikanischen Verständnis wird Zivilgesellschaft zu einem Gegenmodell autokratischer, autoritärer und totalitärer Herrschaftsformen. Sie bietet Raum für gesellschaftliche Verständigungsprozesse, für die Auseinandersetzung über normative Fragen und für Selbstorganisation in Form von sozialen Bewegungen, NGOs (Nichtregierungs-) und NPOs als gemeinnützige Organisationen. Der Zivilgesellschaft (vgl. Zimmer 2012) kommt eine wichtige, aber auch

ambivalente Bedeutung sowohl für die Persistenz von Machtverhältnissen als auch für deren Überwindung zu. Nach Gramsci (1991) können zivilgesellschaftliche Organisationen – wie etwa karikative Einrichtungen und religiöse Vereinigungen – dazu beitragen, den „Ideenhorizont“ einer Gesellschaft maßgeblich mitzubestimmen und insofern Status quo stabilisierend wirken. Wie die Dissidentenbewegungen in den Transformationsländern des ehemaligen sogenannten Ostblocks gezeigt haben, kann sich Zivilgesellschaft aber auch gegen den herrschenden Status quo stellen und in Form von Protest, gesellschaftlichem Ungehorsam und sozialen Bewegungen zur Überwindung der „herrschenden Verhältnisse“ beitragen. Folgende Fragen leiteten dabei die Untersuchung der zivilgesellschaftlichen Organisationen an den Fallbeispielen an: Haben Frauenorganisationen in autoritären und hybriden Regimen überhaupt Handlungsspielräume und, wenn ja, welche? Handelt es sich dabei um „homogene“ Bewegungen oder lassen sich regimetreue und -kritische Bewegungen mit ihren jeweils spezifischen Organisationen unterscheiden? Inwiefern sind regimetreue Bewegungen und ihre zivilgesellschaftlichen Organisationen an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt und wie ist der Zugang zu Führungspositionen bei den zivilgesellschaftlichen Organisationen der Frauenbewegung gleich welcher Couleur geregelt?

4. Frauen in der Zivilgesellschaft am Beispiel Nicaragua

Im Folgenden werden erste Ergebnisse zum Fallbeispiel Nicaragua vorgestellt. Grundlage bilden die Ergebnisse der im Sommer 2013 in Nicaragua durchgeführten Feldstudie, in deren Verlauf Gespräche mit „ExpertInnen“ sowie Interviews mit Aktivistinnen aus der Frauenbewegung anhand semistrukturierter Leitfäden durchgeführt worden sind. Das Forschungsinteresse lag hierbei auf den Herausforderungen, die sich aus dem hybriden Regimekontext für die nicaraguanische Frauenbewegung und die Partizipationsmöglichkeiten von Frauen in Nicaragua allgemein ergeben.

4.1 Nicaragua – ein hybrides Regime

Nicaragua lässt sich in Anlehnung an die Transformationsforschung als sogenanntes „hybrides“ Regime klassifizieren, welches formale demokratische Strukturen (Institutionen, Parteien, Wahlen) mit autokratischer politischer Praxis vereint (Croissant 2002/Morlino 2009). Das Land weist dabei trotz seiner individuellen Geschichte Ge-

meinsamkeiten mit vielen anderen Staaten der sogenannten „dritten Welle“ der Demokratisierung (Huntington 1991) auf, die nach Einleitung der Demokratisierungsprozesse in den 1970er und 80er Jahren aktuell noch immer Konsolidierungsschwierigkeiten zeigen und in einem „hybriden Terrain“ zwischen autokratischer Vergangenheit und demokratischer Konsolidierung „stecken geblieben“ (Karl 1995, 73) scheinen. In Nicaragua wurde der Demokratisierungsprozess durch die sandinistische Revolution 1979 und die nachfolgenden Revolutionsjahre eingeleitet und unter einer Ära konservativer Regierungen ab 1990 fortgesetzt. Der Entwicklung formal demokratischer Strukturen stand jedoch stets eine undemokratische politische Praxis (Korruption, Klientelismus etc.) gegenüber sowie die Unfähigkeit der verschiedenen Regierungen, Armut und soziale Ungleichheit zu reduzieren. Der Wahlgewinn der Sandinistischen Partei FSLN und die Rückkehr an die Macht des ehemaligen Revolutionsführers Daniel Ortega im Jahr 2007 leiteten eine neue Etappe in der demokratischen Entwicklung des Landes ein. Sein Sieg kann als Ausdruck der Unzufriedenheit großer Teile der Bevölkerung mit den vorhergehenden konservativen Regierungen verstanden werden. Allerdings zeichnet sich die aktuelle Regierungspraxis durch eine starke Ambivalenz aus: Soziale Programme und ein besonders die „Armen“ ansprechender Diskurs stehen starken Rückschritten in den Bereichen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gegenüber (vgl. Schnipkowitz/Schützhofer 2008, 6). Von oppositionellen Kräften besonders kritisiert wird dabei die Verschmelzung von Regierungspartei und staatlichen Institutionen wie der Justiz, der Polizei und der öffentlichen Verwaltungsstrukturen (Int. 1/27.06.2013).

4.2 Geschlechterverhältnisse in Nicaragua

Ein Blick auf die Geschlechterverhältnisse in Nicaragua zeigt die Dominanz traditioneller Rollen- und Familienbilder – trotz zum Teil gegensätzlicher gesellschaftlicher Realität (Booth/Seligson 2013). Aktivistinnen der Frauenbewegung sehen einen sowohl in großen Teilen der Bevölkerung als auch in der politischen Kultur fest verankerten Machismo als eine der großen Herausforderungen auf dem Weg zu einer demokratischen Gesellschaft (Int. 1/14.08.2013). Weiterhin wird der Einfluss der (insbesondere) katholischen Kirche in der hochreligiösen Bevölkerung sowie die Nähe einiger ihrer Führungskräfte zur aktuellen Regierung kritisiert (Int. 1/14.08.2013). Veranschaulichen lässt sich dies u. a. am stark umstrittenen Verbot der sogenannten „therapeutischen“ Abtreibung, das im Wahljahr 2006 von

einer Koalition aus konservativer Regierung, der den späteren Wahlsieg anstrebenden Sandinistischen Partei und religiösen Kräften durchgesetzt wurde (Int. 1/14.08.2013, Kampwirth 2008). Weiterhin zeigen Umfragen, dass besonders Frauen – traditionell verantwortlich für Haushalt und Familie – unter der schwierigen sozioökonomischen Lage im Land leiden. Sie machen den größeren Anteil der unter der Armutsgrenze lebenden Bevölkerung aus und bleiben im Zugang zu Nahrung, Bildung oder medizinischer Betreuung hinter den Männern zurück (Booth/Seligson 2013).

Unter der aktuellen Regierung scheint sich die Situation von Frauen nur formal verbessert zu haben: Während Quotenregelungen und weitere offizielle Maßnahmen zu einer erhöhten Partizipation und Teilnahme von Frauen am öffentlichen Leben führen sollen, beklagen Frauenorganisationen eine reale Benachteiligung bzw. Diskriminierung von Frauen in der politischen Praxis (Int. 1/23.08.2013). Sie verweisen auf das von der Regierungspartei unterstützte Abtreibungsverbot oder den gezielt antifeministischen Diskurs der in den Parteiorganen omnipräsenten First Lady Rosario Murillo (vgl. Oettler 2008), um auf das ultrakonservative Frauen- und Familienbild der Regierung aufmerksam zu machen:

„Wenn immer noch der Präsident, die First Lady, der Bildungsminister, also höchste Entscheidungsträger, die Botschaft aussenden, dass alles, was geschieht, Gottes Wille ist, dass Männer die Familienoberhäupter sind, dass die Einheit der Familie das Wichtigste ist, koste es, was es wolle, dass man seine dreckige Wäsche nicht in der Öffentlichkeit wäscht [...] – diese Botschaften hallen wider in den Medien, in den Schulen, in den Krankenhäusern ... so dass wir gegen eine Wand anreden“ (Int. 1/23.08.2013).

4.3 Frauenbewegung in Nicaragua

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach dem Handlungsspielraum und der Rolle der nicaraguanischen Frauenbewegung, die aufgrund ihrer bedeutsamen Rolle während der Revolution noch immer über die Landesgrenzen hinaus bekannt ist.

Die Frauenbewegung befindet sich seit ihrer Entwicklung in den 80er Jahren in einem Spannungsfeld zwischen ihrer noch aus der Revolution stammenden Verbindung zur Sandinistischen Partei und einem zunehmenden Autonomisierungsprozess (Int. 1/16.07.2013). Inzwischen hat sich der feministische Flügel der Bewegung sogar zum härtesten Gegner der aktuellen Regierung entwickelt und ist dabei zugleich ins Visier der Kritik geraten (Oettler 2010, 58). Auslöser

der Konfrontation sind die zuvor beschriebenen allgemeinen Retraditionalisierungstendenzen und das von der Regierung propagierte konservative Frauen- und Familienbild. Verschärft wird die Auseinandersetzung jedoch auch durch einen seit Jahren ungeklärten Vergewaltigungsvorwurf der Stieftochter des Präsidenten gegen ihren Vater (Oettler 2010, 53) – der den Präsidenten zum Inbegriff einer frauenverachtenden Gesellschaft und der vorherrschenden Straflosigkeit macht. Zusammengefasst verweisen die ersten Erkenntnisse aus der Feldstudie auf die Bedeutung des konfliktiven Verhältnisses von Zivilgesellschaft und insbesondere der Frauenbewegung und dem Staat im politischen Kontext Nicaraguas. Die ambivalente Haltung des Staates gegenüber der Frauenbewegung wird dabei an unterschiedlichen Strategien sichtbar, die wir in die Kategorien „Repression“, „Kooptation“ und „Substitution“ einteilen.

So berichten Aktivistinnen von Einschüchterungsversuchen und gewaltsamem Vorgehen gegen Demonstrantinnen und Demonstranten sowie von administrativer Gängelerei – mittels derer u. a. versucht wird, die Geldflüsse der internationalen Entwicklungshilfe an die „unliebsame“ Zivilgesellschaft zu verhindern (Int. 1/14.08.2013). Weiterhin versucht der Präsident, Teile der Bewegung über die Rückbesinnung auf die gemeinsame Vergangenheit während der Revolution an die Partei zu binden wenn nicht gar „einzukaufen“ – und ihnen damit ihre eigene Agenda zu nehmen. Zu guter Letzt gibt es Ansätze, eigene parteinahe Partizipationsstrukturen aufzubauen und mit medienwirksamer Massenorganisation den kritischeren Organisationen den Rang abzulaufen (Int. 1/14.08.2013).

Insgesamt wird dabei deutlich, wie der hybride Kontext zusammen mit den gegenwärtigen Re-Autokratisierungstendenzen das heterogene Feld der Frauenbewegung nachhaltig verändert. So wird der historisch starke feministische Flügel unterdrückt und geschwächt, während gleichzeitig eine Zunahme der Macht staatsnaher Organisationen zu beobachten ist, die durch den Verlust ihrer eigenen Agenda zum „Transmissionsriemen“ der Partei werden. Gleichzeitig scheint auch eine Umorientierung vieler Organisationen auf unkritischere Arbeitsfelder wie zum Beispiel die Erstellung von Dienstleistungen im Gesundheitsbereich stattzufinden, die Gefahr laufen, zumindest kurzfristig eine systemstabilisierende Wirkung auszuüben. Für die Frauenbewegung bedeutet dies in erster Linie eine zunehmende Polarisierung der verschiedenen Flügel und letzten Endes eine die Stärke und den inneren Zusammenhalt gefährdende fortschreitende Fragmentierung der Bewegung.

5. Fazit und Perspektiven für die Konstruktion von Politik und Geschlecht in autoritären Regimen

Aus diesen Einblicken in das Fallbeispiel Nicaragua lassen sich bereits erste Erkenntnisse für unser Projekt herausarbeiten. Erstens wird deutlich, dass sich die hybriden Regimestrukturen in den Geschlechterverhältnissen in Nicaragua reproduzieren. Während auf Systemebene die formale Demokratie einer autoritären politischen Praxis gegenübersteht, wird auf der Geschlechterebene eine formale Verbesserung der Partizipationsmöglichkeiten und ein offiziell „frauenfreundlicher“ Diskurs durch eine Retraditionalisierung der Geschlechterbilder und die Abnahme der realen Macht von Frauen konterkariert. Zweitens fällt die zunehmend ambivalente Rolle der Frauenbewegung ins Auge. Ihr Potenzial als Arena für die Durchsetzung von Frauenrechten und Demokratisierung der Gesellschaft scheint durch die kontextbedingten Herausforderungen zunehmend geschmälert. Drittens verweisen die Erkenntnisse letzten Endes auf eine mögliche Gefahr der Reproduktion von autoritären Strukturen und traditionellen Geschlechterverhältnissen auch durch die Zivilgesellschaft: Durch die Zunahme depolitisierte, dienstleistungsorientierter Organisationen, Kooptation und die Stärkung antifeministischer, konservativer Organisationen (siehe auch Kampwirth 2006, 2008).

Ähnliche Trends in der Entwicklung der Geschlechterverhältnisse lassen sich auch für das Fallbeispiel Tunesien ausmachen. So zeigt sich, dass in Tunesien die Frauenpolitik dem Regime als Legitimationsgrundlage dient. Diese geht jedoch mit der Verbreitung traditioneller Familienstrukturen einher und trägt somit dazu bei, bestehende Geschlechterverhältnisse zu festigen anstatt sie aufzubrechen. Die erhöhte Repräsentanz von Frauen in der politischen Öffentlichkeit bezieht sich hier auf periphere, eher weniger einflussreiche Institutionen – wie zum Beispiel die nationalen Parlamente –, nicht aber die politischen Führungs- und Entscheidungseliten.

Werden diese Ergebnisse in Beziehung gesetzt zu Studien, welche die Rolle der Familie, der Öffentlichkeit und der Rolle von Frauen im staatsbürgerlichen Diskurs in weiteren Ländern untersuchen, lassen sich eine erste Trendaussage und Forschungsperspektiven für das Projekt formulieren: Die Entwicklungen zur Situation von Frauen in autoritären und hybriden Regimen zeugen insgesamt von einem großen sozialen Wandel. Doch dient dieser Wandel vor allem dazu, bestehende Strukturen abzusichern und beizubehalten. Im Kern spiegelt sich hierin eine Idee, die schon der sizilianische Herrscher des 19. Jahrhunderts aus

Lampedusas Roman erkannte: „Wenn wir wollen, dass alles bleibt, wie es ist, dann ist es nötig, dass alles sich verändert“ (Lampedusa 1959).

Literatur

- Albrecht, Holger/Frankenberger, Rolf, 2011: Die „dunkle Seite“ der Macht: Stabilität und Wandel autoritärer Systeme. In: Dies./Frech, Siegfried (Hrsg.): *Autoritäre Regime: Herrschaftsmechanismen, Legitimationsstrategien, Persistenz und Wandel*. Schwalbach, 17–45.
- Albrecht, Holger/Frankenberger, Rolf (Hg.), 2010: *Autoritarismus Reloaded. Neuere Ansätze und Erkenntnisse der Autokratieforschung*. Baden-Baden.
- Arendt, Hannah, 1991: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*. 2. Aufl. München, Zürich.
- Arendt, Hannah, 1994: *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München, Zürich.
- Bank, Andre, 2009: *Die Renaissance des Autoritarismus. Erkenntnisse und Grenzen neuerer Beiträge der Comparative Politics und Nahostforschung*. Hamburg Review of Social Sciences. 4. Jg., Heft 1, 10–41.
- Bauer, Gretchen/Britton, Hannah E. (Hrsg.), 2006: *Women in African Parliaments*. Boulder, Colorado.
- Bauer, Gretchen/ Tremblay, Manon (Hrsg.), 2011: *Women in Executive Power. A Global Overview*. London, New York.
- Booth, John A./Seligson, Mitchell A., 2013: *Political Culture of Democracy in Nicaragua and the Americas*, 2012: *Towards Equality of Opportunity*. Vanderbilt University.
- Croissant, Aurel, 2002: *Von der Transition zur defekten Demokratie. Demokratische Entwicklung in den Philippinen, Südkorea und Thailand*. Wiesbaden.
- Derichs, Claudia (Hrsg.), 2010: *Diversity and Female Political Participation: Views on and from the Arab World*. Heinrich Böll Stiftung. Publication Series on Democracy, Vol. 21, Berlin.
- Foucault, Michel, 2001: *In Verteidigung der Gesellschaft*. Frankfurt am Main.
- Gubitzer, Luise, 2003: *Zur Ökonomie der Zivilgesellschaft*. In: Appel, Margit/Gubitzer, Luise/Sauer, Birgit (Hrsg.): *Zivilgesellschaft – ein Konzept für Frauen?* Frankfurt am Main, 137–177.
- Hagemann, Karin, 2008: *Civil Society Gendered: Rethinking Theories and Practices*. In: Hagemann, Karin/Michel, Sonya/Budde, Gunilla (Hrsg.): *Civil society and gender justice: historical and comparative perspectives*. New York, 17–42.
- Huntington, Samuel P., 1991: *Democracy's Third Wave*. In: *Journal of Democracy*. 2. Jg., Heft 2, 12–34.
- Kampwirth, Karen, 2006: *Resisting the Feminist Threat: Antifeminist Politics in Post-Sandinista Nicaragua*. In: *NWSA Journal*, 18. Jg., Heft 2, 73–100.
- Kampwirth, Karen, 2008: *Abortion, Antifeminism and the Return of Daniel Ortega: In: Nicaragua, Leftist Politics? Latin American Perspectives*, 25. Jg., Heft 6, 122–136.
- Karl, Terry Lynn, 1995: *The Hybrid Regimes of Central America*. In: *Journal of Democracy*, 6. Jg., Heft 3.
- Kocka, Jürgen, 2003: *Zivilgesellschaft in historischer Perspektive*. In: *Forschungsjournal NSB*, 16. Jg., Heft 2, 29–37.
- Lampedusa, Giuseppe Tomasi di, 1959: *Der Leopard*. München.
- Lenz, Ilse, 2008: *Frauenbewegungen: Zu den Anliegen und Verlaufsformen von Frauenbewegungen in sozialen Bewegungen*. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hrsg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung*, (2. Auflage). Wiesbaden, 859–869.
- Molyneux, Maxine, 2000: *Twentieth-Century State Formations in Latin America*. In: Dore, Elizabeth/Molyneux, Martine (Hrsg.): *Hidden Histories of Gender and the State in Latin America*. Durham, London, 33–81.
- Morlino, Leonardo, 2009: *Are there Hybrid Regimes? Or are They Just an Optical Illusion?* In: *European Political Science Review*, 1. Jg., Heft 2, 273–296.
- Mouffe, Chantal, 2000: *The Democratic Paradox*. London/New York.
- Oettler, Anika, 2010: *Die Regierung im Konflikt mit der Frauenbewegung*. In: Schnipkowitz, Ivo/Schützhofer, Timm (Hrsg.): *Der neue Sandinismus in Nicaragua. Autoritärer Selbstbedienungsstaat oder neues Entwicklungsmodell? One World Perspectives. Working Papers 2/2010*, 52–60.
- Pateman, Carole, 1988: *The Sexual Contract*. Stanford.
- Pickel, Susanne, 2013: *Demokratie, Anokratie, Autokratie und die Verwirklichung der Rechte von Frauen. Wechselbeziehungen zwischen Gender Empowerment, Wertestrukturen und Regimepersistenz*. In: Kailitz, Steffen/Köllner, Patrick (Hrsg.): *Autokratien im Vergleich. PVS Sonderheft 47*. Baden-Baden, 438–476.
- Pollack, Detlev, 2003: *Zivilgesellschaft und Staat in der Demokratie*. In: *Forschungsjournal NSB*, 16. Jg., Heft 2, 46–85.
- Phillips, Anne, 2002: *Does Feminism Need a Conception of Civil Society? Alternative conceptions of civil society*. Princeton, 71–89.
- Schnipkowitz, Ivo/Schützhofer, Timm (Hrsg.), 2010: *Der neue Sandinismus in Nicaragua. Autoritärer Selbstbedienungsstaat oder neues*

Entwicklungsmodell? One World Perspectives. Working Papers 2/2010, 6–10.

- Tocqueville, Alexis de, 1985: Über die Demokratie in Amerika. Stuttgart.
- Wilde, Gabriele/Schneider, Silke, 2012: Autokratie, Demokratie und Geschlecht. Geschlechterverhältnisse in autoritären Regimen. Einleitung. In: Falsche Sicherheiten. Geschlechterverhältnisse in autoritären Regimen. Themenschwerpunkt der femina politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft, 21. Jg., Heft 1, 9–16.
- Wilde, Gabriele, 2013: Jenseits von Recht und neoliberaler Ordnung. Zur Integration von Geschlecht in die politikwissenschaftliche Europaforschung. In: Wilde, Gabriele/Stefanie Friedrich (Hrsg.): Im Blick der Disziplinen. Geschlecht und Geschlechterverhältnisse in der wissenschaftlichen Analyse. Münster, 21–54.
- Wilde, Gabriele, 2012: Totale Grenzen des Politischen: Die Zerstörung der Öffentlichkeit bei Hannah Arendt. In: Falsche Sicherheiten. Geschlechterverhältnisse in autoritären Regimen. Themenschwerpunkt der femina politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft, 21. Jg., Heft 1, 17–29.
- Zimmer, Annette, 2012: Zivilgesellschaft. Ein Leitbild. In: Hradil, Stefan (Hrsg.): Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 353–364.
- Zimmer, Annette/Priller, Eckhard, 2007: Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftliche Wandel. Wiesbaden.

Kontakt und Information
 Interdisziplinäres Zentrum für Europäische Geschlechterstudien (ZEUGS)
 Westfälische Wilhelms-Universität Münster
 Institut für Politikwissenschaft (IfPol)
 Jasmin Sandhaus
 Wissenschaftliche Mitarbeiterin
 Scharnhorststraße 100
 48151 Münster
 jasmin.sandhaus@uni-muenster.de

DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

ub | universitäts
bibliothek

Dieser Text wird über DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: 10.17185/duepublico/72562
URN: urn:nbn:de:hbz:464-20200806-194817-2



Dieses Werk kann unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 Lizenz (CC BY 4.0) genutzt werden.